



## HILFSORGANISATIONEN

Der Arbeiter-Samariter-Bund bietet Sanitätsdienst und Katastrophenschutz

SEITE 14



## KINOSTARTS

Deadpool, einer der schrägsten Marvel-Superhelden, kommt ins Kino

SEITE 13



## NEUES PROGRAMM

Literarisches Zentrum und Literaturherbst organisieren Frühjahrsfestival

SEITE 12

## Wenig Taten von Flüchtlingen

**Göttingen.** Göttingen ist für Volker Warnecke, Leiter des Zentralen Kriminaldienstes der Göttinger Polizei, kein „Brennpunkt“ für Flüchtlingskriminalität: Die Zahlen, die er am Dienstag im Sozialausschuss des Rates vorgelegt hat, bezeichnete er als „in keiner Form besorgniserregend“.

So seien zwischen Anfang November und Ende Januar 118 Straftaten von Flüchtlingen im Göttinger Stadtgebiet begangen worden, sagte Warnecke. Der Anteil an allen Straftaten liege damit bei „drei bis vier Prozent“, sagte Warnecke. „Völlig normal.“ Unter den Straftaten von Flüchtlingen waren 47 Ladendiebstahle, 18 Körperverletzungen und ein schwerer Raub. Zwei Sexualdelikte und zwei sexuelle Nötigungen seien auch dabei gewesen. „Sexualisierte Gewalt“ und „Tartarenmeldungen“ wie aus anderen Städten gebe es nicht. „Die bei uns lebenden Flüchtlinge sind friedlich“, hatte Polizeipräsident Uwe Lührig bereits am Montag geurteilt.

Im Bereich der Straftaten mit ausländerfeindlichem Hintergrund beobachte die Polizei aber eine „wachsende Tendenz“. In dem Bereich „bewege“ sich etwas, sagte Warnecke. Fremdenfeindlichkeit sei in der Bevölkerung vorhanden. Schmierereien, Sachbeschädigungen oder Körperverletzungen habe es gegeben. Als jüngstes Beispiel aus der Region nannte Warnecke den Angriff auf eine Flüchtlingsunterkunft in Hardegsen am Wochenende. *mib*

## Straßenausbau: Informationen für Anlieger

**Nikolausberg.** Der geplante Ausbau der Straße Am Stiegel ist Thema einer Informationsveranstaltung für Anlieger am Donnerstag, 18. Februar. Beginn ist um 18 Uhr im Gemeindehaus der evangelischen Kirchengemeinde Nikolausberg, Augustinerstraße 17.

Die Stadt Göttingen will in diesem Jahr den Stiegel zwischen Augustinerstraße und Ackerröte ausbauen, teilt die Verwaltung mit. Insbesondere gehe es in der Veranstaltung um die Vorstellung der Planung, des Bauablaufs sowie der Bauzeit und um die Anliegerbeiträge gemäß dem Niedersächsischen Kommunalabgabengesetz.

Im Anschluss an die Veranstaltung tagt ab etwa 20 Uhr der Ortsrat Nikolausberg, auf dessen Tagesordnung ebenfalls der Ausbau der Straße steht. Dort nimmt die Göttinger Stadtverwaltung auch zu einer im September 2015 eingebrachten Anregung wegen einer „wildlen Sperrmülldeponie“ Stellung. *afu*

# Roma-Familien tauchen ab

Geplante Abschiebung gescheitert / Einsatz am Mittwochmorgen / Kritik an „unmenschlicher Politik“

VON MICHAEL BRAKEMEIER

**Göttingen.** Der Versuch, zwei Göttinger Roma-Familien abzuschicken, ist am Mittwochmorgen gescheitert. Mit einem Großaufgebot von rund 60 Kräften war die Polizei gegen 6 Uhr unter anderem im Rosenwinkel im Einsatz und durchsuchte dort ein mehrstöckiges Wohnhaus.

Die Behörden gehen davon aus, dass die Personen untergetaucht sind. „Ihr Aufenthaltsort ist zurzeit unbekannt“, sagte Polizeisprecherin Jasmin Kaatz. Die seit 17 Jahren in Deutschland lebenden Familien, vier Erwachsene und 13 Kinder, sollten in den Kosovo abgeschoben werden. Nach Angaben von Kaatz waren die Ausländerbehörde der Stadt Göttingen, Mitarbeiter der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen (LAB NI) und die Polizei auch an fünf weiteren Adressen im Stadtgebiet im Einsatz. Neben den Familien sollten fünf Einzelpersonen, zwei davon ebenfalls aus dem Rosenwinkel, abgeschoben werden. Aktionen von Abschiebegegnern habe es nicht gegeben, sagte Kaatz.

Lediglich einen 29-jährigen Serben, der nicht zu der betroffenen Familie gehört, haben die Mitarbeiter der Landesaufnahmebehörde aus Göttingen für die Weiterreise zum Flughafen Hannover mitgenommen. Die Polizei war von der Ausländerbehörde der Stadt Göttingen zur Vollzugshilfe angefordert worden. Die Landesaufnahmebehörde war mit mehreren Mitarbeitern und Fahrzeugen vor Ort.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfV) übte massive Kritik an den Abschiebungen. Die Stadt als verantwortliche Behörde mache sich „zum Erfüllungshelfen einer unmenschlichen Politik gegenüber langjährig geduldeten Flüchtlingen“, sagte GfV-Generalsekretär Tilman Zülch. Mit der Abschiebung würde den „hier geborenen und aufgewachsenen Kindern“ ihr Zuhause und jegliche Zukunft genommen. Im Kosovo erwarte sie nichts als Elend.



Einsatz im Morgengrauen: Mit 60 Einsatzkräften leistet die Polizei Vollzugshilfe für die Ausländerbehörde der Stadtverwaltung.

Foto: dpa

Auch die Ratsfraktion der Piraten hat die geplante Abschiebung am Mittwoch kommentiert: „Wer meint, Asyl und Menschlichkeit von guten Schulnoten und profitablen Arbeitsverhältnis abhängig machen zu können, lebt und unterstützt den kapitalistischen Rassismus. Wir Piraten machen unsere Menschlichkeit nicht an der Ausbeutbarkeit von Menschen abhängig.“

Der Fall der beiden Roma-Familien hatte zuletzt im Dezember deutschlandweit für Aufsehen gesorgt, weil diese wegen fehlender Integrationsbereitschaft in den Kosovo abgeschoben werden sollten, obwohl zwölf der 13 Kinder in Deutschland geboren wurden. Das Verwaltungsgericht in Göttingen hatte Anträge der Familie auf vorläufigen Rechtsschutz abgelehnt, erst in der vergangenen

Woche hatte das Niedersächsische Obergericht (OVG) in Lüneburg Beschwerden der Familien gegen die Abschiebung zurückgewiesen und die Göttinger Entscheidung bestätigt. Für ein Bleiberecht der Familie setzen sich zahlreiche Initiativen und Parteien ein. In einer Online-Petition gegen die Abschiebung hat es inzwischen mehr als 1800 Unterschriften gesammelt.

Am Freitag steht ein Antrag von Piraten, Grünen und Antifaschistischer Linke auf der Tagesordnung des Rates. Damit sollen Oberbürgermeister Rolf-Georg Köhler (SPD) und die Verwaltung beauftragt werden, bei den beiden Roma-Familien ihren Ermessensspielraum zu nutzen und dem vorgetragenen Vergleichsvorschlag zu folgen, eine für ein Jahr befristete Duldung auszusprechen. ▶ Seite 10

## Niedersachsen schiebt 127 Menschen in Balkanländer ab

**Göttingen.** Nach Auskunft von Verwaltungssprecher Detlef Johannson werden von der Göttinger Ausländerbehörde seit November Verfahren vorbereitet, die 41 Personen betreffen, inklusive der Fälle vom Mittwoch. „Die Zahl der Fälle erklärt sich vor allem auch dadurch, dass es erst seit letztem Jahr möglich ist, in die sechs Westbalkan-Staaten abzuschicken, ohne dass die Betroffenen im Besitz von Pässen sind“, sagte Johannson. Nach sei-

nen Angaben gab es in 2015 eine Abschiebung. Drei Personen waren davon betroffen.

Die Abschiebungen müssten ohne vorherige Ankündigung erfolgen. Das sei Bestandteil der Bundesgesetzgebung im Asylpaket I, erläuterte Johannson. Ob und in welchem Umfang für eine Abschiebung Vollzugshilfe der Polizei angefordert wird, entscheide die Landesaufnahmebehörde Niedersachsen. Das gelte auch für den Zeitpunkt des Ein-

satzes. Das Land Niedersachsen hat am Mittwoch 127 abgelehnte Asylsuchende in verschiedene Balkanländer abgeschoben. Es handele sich um 67 Personen aus dem Kosovo, 48 aus Serbien und zwölf aus Albanien, teilte das Innenministerium mit. „Wer in Deutschland kein Recht auf Asyl und auch sonst keine Bleibeperspektive hat, muss das Land wieder verlassen“, sagte Innenminister Boris Pistorius (SPD). „Daran führt leider kein Weg vor-

bei.“ Alle betroffenen 28 Familien und 14 Einzelpersonen seien „vollziehbar ausreisepflichtig“ gewesen. Auch der Weg über das Härtefallverfahren sei für sie ohne Erfolg geblieben.

Trotzdem seien Abschiebungen für die Niedersächsische Landesregierung „nur die Ultima Ratio“, sagte Pistorius. Niedersachsen werde auch weiterhin die freiwillige Ausreise von abgelehnten Asylbewerbern fördern und unterstützen. *mib*

## Bremse, Schutz und Mottenkiste

Wohnraumangel: Diskussion um wirksame Gegenmaßnahmen

VON MICHAEL BRAKEMEIER



S. Lieske

**Göttingen.** Mit großer Mehrheit hat der Sozialausschuss des Rates einer Stellungnahme der Verwaltung zu geplanten, so genannten „mietrechtlichen Verordnungen für Gebiete mit angespanntem Wohnungsmarkt“ für die Stadt Göttingen zugestimmt. Das Land will prüfen, wie das Stadtgebiet in noch zu schaffende Rechtsverordnungen einbezogen werden kann. Zu den Verordnungen gehören: die so genannte Mietpreisbremse, eine „Kappungsgrenzenverordnung“ und eine „Kündigungssperrrfristverordnung“.

Dezernent Siegfried Lieske (Grüne) teilte dem Ausschuss

am Dienstag mit, dass sich der Verwaltungsausschuss bereits am Montag für die Aufnahme ausgesprochen hat. Er selbst habe ein „gerüttelt Maß an Skepsis“, dass die Maßnahmen etwas an der angespannten Wohnraumsituation ändern. „Wirksam ist was anderes.“ Vielmehr müsse verstärkt auf Immobilienbesitzer eingewirkt werden, leerstehende Wohnungen zur Verfügung zu stellen, sagte Lieske. Bereits im Oktober hatten die Grünen dahingehend einen An-

trag erarbeitet, mit dem Oberbürgermeister Rolf-Georg Köhler (SPD) aufgefordert werden sollte, sich beim Land für ein „Wohnraumschutzgesetz“ einzusetzen. Dieses sollte so gestaltet sein, dass „Kommunen befähigt werden, auf zweckentfremdeten Wohnraum zu reagieren“. Zu dem Gesetz werde Köhler eine Initiative in die Oberbürgermeisterkonferenz einbringen, sagte Verwaltungssprecher Detlef Johannson. „Was auf Ebene des Landesgesetzgebers daraus wird, bleibt abzuwarten.“

Sowohl die SPD-Politiker Renate Bank und Klaus-Peter Hermann als auch Lara Piepkorn (Grüne) sprachen sich im Sozialausschuss vehement für das

„Wohnraumschutzgesetz“ aus. Piepkorn forderte, dass der Grünen-Antrag unbedingt weiterverfolgt werden müsse. Angesichts des massiven Wohnungsleerstandes aus Spekulationsgründen, wie etwa in Grone, sei so ein Gesetz dringend nötig, sagte Bank. Karin Schultz (CDU) und Felicitas Oldenburg (FDP) lehnten es ab. Oldenburg nannte das Gesetz und eine Mietpreisbremse einen „Griff in die Kiste der Planwirtschaft“. Auch der Eigentümerverein H + G Göttingen nennt Wohnraumschutzgesetz und Mietpreisbremse in einem offenen Brief an Köhler „kontraproduktiv“. „Wohnpotenziale“ könnten anders abgeschöpft werden.

## Baupläne am Hagenweg im Amtsblatt

**Göttingen.** Für den Bereich nördlich des Göttinger Hagenweges inklusive Musa-Gelände und einen Bauplatz für eine Flüchtlingsunterkunft will die Stadtverwaltung den bestehenden Bebauungsplan ändern. Über die geplanten Änderungen informiert sie in der jetzt veröffentlichten dritten Ausgabe ihres Amtsblattes. Es ist kostenlos im Infobüro der Stadt im Neuen Rathaus, im Alten Rathaus, in der Stadtbibliothek und in den Verwaltungsstellen Geismar, Grone und Weende erhältlich – außerdem via Internet auf der Seite [göttingen.de/amtsblatt](http://göttingen.de/amtsblatt). *us*